

den Beteiligungszugang wegen "des zwischenzeitlich eingetretenen nachhaltigen Rückgangs des Börsenkurses eine Abschreibung auf einen Kurs von 210% um 64 Mio. DM vorgenommen". (1968/69, S. 42). Im Geschäftsjahr 1971/72 wurde die Gelsenberg-Beteiligung auf 48% aufgestockt, wozu 47,8 Mio. DM erforderlich waren.¹⁾

Um dem überragenden Einfluß der multinationalen Mineralölkonzerne Exxon, Shell, Mobil Oil und BP, die über rund 86% des Aktienkapitals der nur neun in der westdeutschen Mineralölindustrie tätigen Aktiengesellschaften verfügten, einen konkurrenzfähigen nationalen Mineralölkonzern entgegenzusetzen, legte die Bundesregierung ein zwischen Wirtschaftsminister Fridrichs und Finanzminister Schmidt sowie den Vertretern der westdeutschen Mineralölwirtschaft ausgehandeltes Konzept vor, demzufolge die wenigen nationalen Mineralölunternehmen zu einem Großkonzern zusammengeschlossen werden sollten. Dies geschah am 18. Juni 1973, also noch vor der sog. Ölkrise, in deren Verlauf sich die Geschäftspraktiken der multinationalen Ölkonzerne als die eigentliche Ursache der dramatischen Verknappung der Rohölzufuhr herausstellen sollten. Das Konzept sah vor, daß durch Ausgliederung der Gelsenberg AG aus dem Bereich des RWE und ihre Einbeziehung in die VEBA AG, deren Kapital zu 40% Eigentum der Bundes-

1) Dem Erwerbkurs von rd. 195% entsprechend wurde die GelsenbergBeteiligung um weitere 31 Mio. abgeschrieben.

Ein Jahr später wird die Gelsenberg AG trotz eines nach wie vor mit 48% ausgewiesenen Kapitalanteils vom RWE unter den "Übrigen Verbundenen Unternehmen" geführt, wozu nach § 15 AktG solche rechtlich selbstständigen Unternehmen zählen, "die im Verhältnis zueinander in Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen und mit Mehrheit beteiligte Unternehmen (§ 16), abhängige und herrschende Unternehmen (§ 17), Konzernunternehmen (§ 18), wechselseitig beteiligte Unternehmen (§ 19) oder Vertragsteile eines Unternehmensvertrags (§§ 291, 292) sind". (1971/72, S. 51).

republik Deutschland ist, eine "Deutsche Erdöl AG" zu bilden sei. Die ursprüngliche Absicht, alle inländischen Mineralölunternehmen in einem Großkonzern zusammenzufassen, scheiterte jedoch an den Sonderinteressen der IG-Farben-Nachfolgegesellschaften, die die BASF-Beteiligung Wintershall AG der Einbringung in den Konzern ebenso entzogen wie die Union Rheinische Braunkohlen-Kraftstoff AG, auf die die Hoechst AG ein Vorkaufsrecht besaß (das sie inzwischen durch Erwerb eines 25%-Anteils genutzt hat). Obwohl das Bundeskartellamt sich noch im Januar 1974 wegen der "Entstehung oder Verstärkung von marktbeherrschenden Stellungen" für ein Verbot dieser Fusion ausgesprochen hatte, wurde das Kartellgesetz über eine "Ausnahmeregelung"¹⁾ außer Kraft gesetzt und die Eingliederung der Gelsenberg AG in die VEBA-AG vollzogen.²⁾ Das RWE erzielte für sein Aktienpaket im Nominalwert von 234,4 Mio. DM einen Barpreis von 641 Mio. DM.³⁾ Lt. Geschäftsbericht 1973/74 versetzte der über den Beteiligungsbuchwert hinaus erzielte Mehrerlös von 185 Mio. DM das RWE "in die Lage, im Hinblick auf die Sicherung (seiner) künftigen Brenn-

-
- 1) Deutscher Bundestag, Drucksache 7/76, Bonn 1973, S. 5; Möglichkeiten der Genehmigung von Fusionen bei "gesamtwirtschaftlichen Vorteile(n)" bzw. sog. "Überragende(m) Interesse der Allgemeinheit".
 - 2) Durch die Diskussionen um den Verkauf des Gelsenberg Paketes war der "nachhaltige Verfall des Börsenkurses" rechtzeitig gestoppt und ins Gegenteil verkehrt worden (273%).
 - 3) Die Frankfurter Rundschau kommentierte den Verkauf der Gelsenberg-Anteile durch das RWE: "So günstig können Fusionen sein, wenn die öffentliche Hand Pate steht"... "Umgerechnet auf den Börsenkurs der VEBA-Aktie erhält der Bund für ein Paket, das er im vorigen Jahr für 641 Mio. DM gekauft hat, beim ... Umtausch (Besitzer von Gelsenberg-Aktien mußten diese in VEBA-Anteile umtauschen - d.V.) einen Gegenwert von 366 Millionen und zahlt noch 145 Millionen dazu. Das Opfer der Bundesregierung im Interesse der Fusion VEBA-Gelsenberg liegt demnach bei gut 400 Mio. DM." (FR vom 10.10.1974)

stoffversorgung für den Braunkohlenbergbau bestehende Sonderabschreibungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen, im Zusammenhang hiermit wurde Rheinbraun zur Verstärkung der eigenen Kapitalbasis darüberhinaus die Bildung von Rücklagen ermöglicht".¹⁾

Der starke Anstieg des Beteiligungs- bzw. Finanzanlagevermögens von 1968 auf 1969 um 68,7% ist ebenso auf die Gelsenberg-Transaktion zurückzuführen wie die starke Abnahme von 1973 auf 1974. Aus diesem Grunde wurden die Zeitreihen in der Tabelle "Entwicklung der Anzahl, ..." durch um die Gelsenberg-Werte bereinigte ergänzt.

Zunächst übernahm das RWE 1968/69 einen 30%-Anteil an der neugegründeten Energie-Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, an der neben der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft (Conti-Gas) (30%) auch die seit langem im Aufsichtsrat des RWE vertretenen Deutsche Bank AG und ALLIANZ-Lebensversicherungs-AG (25 bzw. 15%) beteiligt sind, und die ihrerseits eine 25,3%ige Schachtel an den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen AG hält. Für den 36 Mio. DM betragenden Stammkapitalanteil wurden 102,4 Mio. DM aufgewandt und aktiviert (1968/9, S. 42) Im gleichen Jahr erwarb das Konzernunternehmen Lahmeyer AG im Tausch gegen seinen Anteil an der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, Bayreuth - der ehemaligen Mehrheitsaktionärin der Bayerische Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft (BELG)²⁾ - rd. 35% am Kapital der Bayerische Elektrizitätswerke, München, die nach Erwerb weiterer Anteile 1975/76 erstmals konsolidiert und zum 30. Juni 1977 durch verschmelzende Umwandlung auf die zu 75% im Besitz des RWE befindliche Lech-Elektrizitätswerke AG (LEW), Augsburg übertragen wurde.

1) RWE-Geschäftsbericht 1973/74, S. 24 und S. 9 f.

2) Die Contigas-Beteiligung BELG betreibt das 384-MW-Kraftwerk Arzberg, das überwiegend mit sowjetischem Erdgas befeuert wird.

Im Geschäftsjahr 1970/71 kamen hinzu die gemeinsam mit der Gelsenkirchener Berwerks AG und der VEBA gegründete Gesellschaft für Energiebeteiligung GmbH, Essen (RWE-Anteil am Stammkapital von 12,57 Mio. DM: 46%; Beteiligungszugang: 37,3 Mio. DM), die eine Schachtelbeteiligung von 25,1% am Grundkapital der STEAG AG hält, die Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG (Grundkapital: 60 Mio. DM, RWE-Anteil: 50%, durch Einbringung von Stromversorgungsanlagen im Stadtgebiet vor Oberhausen und durch Bareinzahlungen geleistet) und die mit der VEBA Kraftwerke Ruhr AG (VKR) zur Errichtung des Ölkraftwerkes Scholven (640 MW) gegründete Kraftwerk Buer GbR, an deren Kapital das RWE zu 50% beteiligt ist. (Entsprechend dem Stand der Bauarbeiten wurden zunächst von beiden Gesellschaftern je 8,6 Mio. DM eingezahlt.)

Im gleichen Geschäftsjahr erhöhte die Schluchseewerk AG (RWE-Anteil 50%) im Zusammenhang mit dem Bau der Hornbergstufe (970 MW) ihr Kapital um 20 Mio. DM zu pari. Durch Ausübung seines Bezugsrechtes bei Kapitalerhöhungen u.a. der Rheinelektra AG (um 6,3 Mio. DM, RWE-Anteil: 58%, Kurs 130) und der Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft (um 7,5 Mio. DM, RWE-Anteil 52 (99)%, pari) erhöhte sich der Buchwert des Beteiligungsvermögens des RWE um weitere 18,7 Mio. DM.

1971/72 wurden weitere anteilige Barleistungen zur Finanzierung der Bauarbeiten am Ölkraftwerk Scholven geleistet, wodurch sich der Buchwert der Kraftwerk-Buer-Beteiligung des RWE um weitere 19,1 Mio. DM erhöhte. Ebenso wurden die noch aus dem Vorjahr stammenden restlichen Einzahlungsverpflichtungen gegenüber der Energieversorgung Oberhausen AG (EVO) in Höhe von 15,7 Mio. DM erfüllt. Die Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft, über die das RWE einen 28%-An-

teil an der Pfalzwerke AG¹⁾ Ludwigshafen (Grundkapital 100 Mio. DM), einen 67%-Anteil an der Kraft-Versorgung Rhein-Wied AG (Grundkapital 10 Mio. DM) sowie - zusammen mit den Anteilen der Lahmeyer AG - Mehrheitsbeteiligungen an der Starkstrom-Anlagengesellschaft mbH, Frankfurt (Grundkapital 30 Mio. DM) mit ihren Untergesellschaften Fahrleitungsbau GmbH, Essen, Elektrohof GmbH und an der Starkstrom-Gerätebau GmbH, Burgweinting (Grundkapital 6,4 Mio. DM) hält, erhöhte ihr Kapital um weitere 2,5 Mio. DM, wovon das RWE entsprechend seinem Anteil (52%) nom. 1,3 Mio. DM zu 1,8 Mio. DM übernahm. Zur Aufstockung seiner Beteiligung an der Gelsenkirchener Bergwerks-AG auf rd. 48% wurden 47,8 Mio. DM aufgewendet.

Für die weitere Entwicklung des Beteiligungsvermögens des RWE besonders wichtig aber war die in das gleiche Geschäftsjahr fallende Neugründung der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH, Essen (SBK) durch das RWE (70%), die SYNATOM S.A. Brüssel (15%) und die N.V. Samenwerkende Electriciteits-Productiebedrijven, Arnheim (15%). Auf das Stammkapital von zunächst 5 Mio. DM wurden entsprechend der 25%igen Einzahlungsquote vom RWE 0,9 Mio. DM eingezahlt. Die SBK errichtete das 300-MW-Prototyp-Kernkraftwerk mit dem natriumgekühlten Schnellbrutreaktor (SNR 300) in Kalkar, Landkreis Kleve, und soll das Kraftwerk nach seiner - damals für Frühjahr 1980 geplanten - Fertigstellung auch betreiben. Mehr als 90% der 1972 auf über 1,5 Mrd. DM (heutige Schätzungen sprechen von 6,8 Mrd. DM) geschätzten Baukosten werden von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland (70%),

1) Die Kapitalerhöhung bei der AG für E.W. muß in Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung um 25 Mio. DM bei der Pfalzwerke AG 1971/72 gesehen werden. Das gilt auch für die Erhöhungen im Jahre 1975/76 um 5 bzw. 20 Mio. DM.

Belgiens (15%) und der Niederlande (15%) übernommen. Der finanzielle Beitrag der SBK wurde auf 120 Mio. DM begrenzt.

1972/73 geht der Zugang bei Beteiligungen in Höhe von 21,2 Mio. DM im wesentlichen auf Kapitalerhöhungen bei Beteiligungsgesellschaften zurück. Die Schluchseewerk AG erhöhte ihr Kapital um weitere 20 Mio. DM zu pari auf nunmehr 140 Mio. DM. Die Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG (KEVAG) gab neue Aktien im Nennwert von 8 Mio. DM zum Kurs von 150% aus, und die Isarwerke GmbH, die mit einem Anteil von 75,3% Mehrheitsaktionärin der Isar-Amperwerke AG ist, erhöhte ihr Stammkapital aus Gesellschaftsmitteln um 7,5 Mio. DM auf 45 Mio. DM.

Nachdem am 10.11.1972 der Bauauftrag für den SNR 300 in Kalkar erteilt worden war (für den maschinentechnischen Teil an die IBN Internationale Natrium-Brutreaktor Bau GmbH, Bensberg; für den bautechnischen Teil an die ARGE Kernkraftwerk Kalkar - ein unter der Federführung des RWE-Beteiligung Hochtief AG (34%) stehendes internationales Baukonsortium), erhöhte die SBK ihr Stammkapital um 22 Mio. DM auf 27 Mio. DM. Von der auf das RWE entfallenden Stammeinlage von 14 Mio. DM wurden 4,2 Mio. DM eingezahlt, wovon 0,5 Mio. DM noch im gleichen Jahr wieder abgeschrieben wurden.

1973/74 wurde das Gesellschaftskapital der SBK um weitere nom. 30 Mio. DM aufgestockt, so daß der RWE-Kapitalanteil auf 38,5 Mio. von insgesamt 57 Mio. DM anstieg. Durch die Einzahlung von 17,7 Mio. DM und die Vornahme weiterer Abschreibungen von 2,8 Mio. DM belief sich der Buchwert der Beteiligung Mitte 1974 auf 19,3 Mio. DM. Auch an der nochmaligen Kapitalerhöhung bei der Schluchseewerk AG beteiligte sich das RWE durch Übernahme von 10 Mio. DM zu pari. Die

Hochtief AG, an der neben dem RWE auch die Commerzbank (mehr als 25%) und das Bankhaus Merck, Finck & Co München (mehr als 25%), das wie das RWE einen Anteil am Stammkapital der Isarwerke GmbH besitzt, beteiligt sind, erhöhte ihr Grundkapital durch eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln und durch Bareinlagen zum Kurs von 100 um 18,6 Mio. DM auf nom. 46,5 Mio. DM. Durch Ausübung des Bezugsrechtes erreichte der Wert der Hochtief-Beteiligung des RWE 15,8 Mio. DM; das waren unverändert 34,01%. Im gleichen Jahr wurden die im Zuge des Baufortschrittes beim Ölkraftwerk Scholven notwendig gewordenen zusätzlichen Mittel durch Finanzierungsvorlagen (unter "Sonstige Vermögensgegenstände") und durch eine Erhöhung der RWE-Beteiligung an der Kraftwerke Buer GbR um 2,2 Mio. DM auf insgesamt 30 Mio. DM bereitgestellt.

Im Zusammenhang mit dem auf dem Standort Remerschen/Luxemburg geplanten 1200-MW-Kernkraftwerk wurde am 22. Oktober 1973 die Société Luxembourgeoise d'Énergie Nucléaire SA (SENU), Luxemburg mit einem Gesellschaftskapital von sfrs. 30 Mio. (ca. 2 Mio. DM) gegründet. An der SENU sind das Großherzogtum Luxemburg und das RWE zu je 50% beteiligt. Das RWE leistete darauf zunächst eine Einzahlung von 0,6 Mio. DM.

Der Sicherung von Anteilen an im Ausland zu errichtender Kraftwerksleistung diente auch die Beteiligung des RWE an der im Geschäftsjahr 1973/74 gegründeten Kernkraftwerk Kaiseraugst AG, Kaiseraugst/Schweiz. Wie das Badenwerk (s.d.) hält das RWE einen 7,5%-Anteil an diesem für eine Leistung von 900 MW ausgelegten Kernkraftwerk, das am Schweizer Rheinufer in der Nähe von Rheinfelden gebaut wird. Auf das Grundkapital wurden 1973/74 4,5 Mio. sfrs. eingezahlt. Der Beteiligungsabgang von rd. 456 Mio. DM beruht fast ausschließlich auf der bereits erwähnten Veräußerung des Gelsenberg-Paketes.

Im Geschäftsjahr 1974/75 erhöhte sich das Beteiligungsvermögen des RWE um rd. 14 Mio. DM. Der Zugang betraf im wesentlichen Kapitalerhöhungen und Einzahlungen. Auf den Anteil am Gesellschaftskapital der SBK wurden weitere 7,9 Mio. DM eingezahlt, gleichzeitig Sonderabschreibungen von 3,7 Mio., davon 0,945 Mio. auf Zugänge, vorgenommen. Bei restlichen Einzahlungsverpflichtungen von 7,9 Mio. DM standen von den bisher geleisteten Zahlungen in Höhe von 30,6 Mio. DM damit nur noch 23,5 Mio. DM (= 77%) zu Buch. Durch Teilnahme an der Kapitalerhöhung der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG um 100 Mio. sfrs auf 200 Mio. sfrs erhöhte sich der Wert der Beteiligung um 2,8 Mio. DM auf 6,6 Mio. DM. Ferner erhöhten ihr Gesellschaftskapital die Schluchseewerk AG (um 5 Mio. DM auf nunmehr 165 Mio. DM; RWE Anteil 2,5 Mio. DM zu pari), die SENU (um 40 Mio. lfrs auf 70 Mio. lfrs, RWE-Einzahlung 26 Mio. lfrs = 1,7 Mio. DM) sowie die Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim/Ruhr (um 3,6 Mio. DM aus Gesellschaftsmitteln und um 7,2 Mio. DM durch Barkapitalerhöhung, RWE-Einzahlung 0,5 Mio. DM).

Im gleichen Geschäftsjahr wurde die Société Luxembourgeoise de Centrales Nucléaires SA, Luxemburg mit einem Gesellschaftskapital von 10 Mio. DM gegründet, an der das RWE mit 25,03% beteiligt ist. Auf den Anteil von 2,5 Mio. DM wurden 0,5 Mio. eingezahlt. Diese Gesellschaft trat daraufhin in die Lieferverträge über das 1300-MW-Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich ein, dessen Fertigstellung damals für die zweite Jahreshälfte 1979 erwartet wurde. Nach den mit der SCN geschlossenen Verträgen wird das Kernkraftwerk nach seiner Fertigstellung an das RWE verpachtet.¹⁾ Obwohl der Prototyp eines natriumgekühlten Schnellen Brutreaktors (SNR 300) sich noch in der Bauphase befand, wurden zum Zwecke der Errichtung von Großbrütern der 1200-MW-Klasse vom RWE gemeinsam mit der

1) RWE-Geschäftsbericht 1974/75, S. 30.

Electricité de France (EdF) und der Ente Nazionale l'Energia Elettrica (ENEL) folgende Gesellschaften gegründet: 1. die Centrale Nucléaire Eropéenne à Neutrons Rapides SA (NERSA), Paris, mit einem Gesellschaftskapital von 50 Mio. ffrs, EdF: 51%, ENEL: 33%, (RWE-Anteil 16% = 8 Mio. ffrs, davon 4 Mio. ffrs = 2,2 Mio. DM eingezahlt), die den "Super Phénix" in Creys-Malville bei Lyon errichtet (Errichtung wurde Dezember 1976 beschlossen, die Errichtungsgenehmigungen wurden Mitte 1977 erteilt); 2. die Europäische Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH (ESK), Essen, mit einem Gesellschaftskapital von 5,0 Mio. DM (ENEL 33%, EdF 16%; RWE-Anteil: 51% = 2,6 Mio. DM, davon 0,6 Mio. DM eingezahlt), die den geplanten deutschen Großbrüter SNR 2 (1300 MW) errichten und betreiben soll. Die RWE-Anteile an beiden Gesellschaften wurden noch während des Geschäftsjahres 1974/75 auf die SBK übertragen.

Ferner ist zu erwähnen die Neugründung der "Kraftwerk Voerde STEAG-RWE OHG", die neben dem bestehenden Kraftwerk West der STEAG in Voerde/Niederrhein zwei Blöcke auf Steinkohlenbasis mit jeweils 620 MW Nettoleistung errichten soll. Der nach der ursprünglich für Ende 1978 bzw. Frühjahr 1979 vorgesehenen Fertigstellung erzeugte Strom soll voll vom RWE übernommen werden.¹⁾ Einzahlungen auf den 25%-Anteil des RWE wurden aufgrund der Verzögerungen im Genehmigungsverfahren im Gründungsjahr nicht geleistet; 1975/76 brachten beide Gesellschafter 17,6 Mio. DM in die Gesellschaft ein.

Die wichtigsten Veränderungen des Beteiligungsvermögens des RWE im Geschäftsjahr 1975/76 schließlich betrafen die Kapitalerhöhung bei der Rheinbraun AG um 103,9 Mio. DM auf 330 Mio. DM (Kurs: pari), eine weitere Einzahlung auf die Kapitalerhöhung bei der

1) Bis Mitte 1981 war vom RWE allerdings noch nicht einmal ein Bauantrag gestellt worden.